

II-7087 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 27. August 1992
GZ: 10.101/319-X/A/5a/92

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

3206 IAB
1992 -08- 31
zu 3306 J.

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3306/J betreffend Errichtung der A 8 Innkreisautobahn ("Westspange Wels"), welche die Abgeordneten Georg Oberhaidinger und Genossen am 9. Juli 1992 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wie ist der derzeitige Planungsstand?

Antwort:

Das vom Landeshauptmann von Oberösterreich (Bundesstraßenverwaltung) vorgelegte Generelle Projekt 1987 für den Abschnitt Wels - Sattledt wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten genehmigt, ebenso wurde die Trassenverordnung gemäß § 4 Bundesstraßengesetz erlassen.

Punkt 2 der Anfrage:

Wann kann mit dem Baubeginn der "Welser Westspange" gerechnet werden?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Antwort:

Die Frage eines Baubeginnes kann erst nach Klärung der Finanzierungsfrage, die noch nicht absehbar ist, beantwortet werden.

Punkt 3 der Anfrage:

Wie hoch werden die Gesamtkosten des Projektes sein?

Antwort:

Die im vorgenannten Generellen Projekt aus dem Jahre 1987 geschätzten Baukosten betragen öS 1.058 Millionen. Zusätzliche Wünsche nach Umweltschutzmaßnahmen und die noch nicht berücksichtigte Preisgleitung werden die Gesamtkosten dieses Projektes jedoch erheblich verteuern, sodaß nach dem bisherigen Wissensstand mit Gesamtkosten von mindestens öS 1,5 Milliarden zu rechnen ist.

Punkt 4 der Anfrage:

Was werden Sie zur Bereitstellung der finanziellen Mittel beitragen?

Antwort:

Aus normalen Budgetmitteln ist das Großbauvorhaben nicht finanzierbar, da ansonsten auf Jahre hinaus sämtliche Prioritäten blockiert wären.

Eine Realisierung ist daher nur als Sondertranche möglich. Die diesbezügliche Zuständigkeit liegt beim Bundesminister für Finanzen.

